



Hansjörg Durz MdB

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Augsburg-Land

Brief aus Berlin

Newsletter

Nr. 13 Juli 2018



© Daniel Biskup

Liebe Leserinnen und Leser,

Grüß Gott,

anbei finden sie unseren aktuellen Brief aus Berlin:

In der letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause hat der Bundestag den Haushalt für das Jahr 2018 beschlossen. Gerade die CSU-Ministerien verfügen zusammen über das größte Investitionsvolumen.

In der Generalaussprache zum Bundeshaushalt am Mittwoch zeigte sich Alexander Dobrindt sehr zufrieden mit dem Bundeshaushalt. Gleichzeitig forderte er eine stärkere Entlastung der Bürger.

Nach langen Verhandlungen haben sich Union und SPD in der Frage nach der Verschärfung der Migrationspolitik geeinigt. Die CSU konnte ihr Anliegen durchsetzen, Ordnung, Steuerung und Begrenzung in die Migrationspolitik zu bringen. Künftig werden Personen, die bereits in einem anderen Mitgliedsstaat der EU einen Asylantrag gestellt haben, über ein Transitverfahren direkt in das zuständige Land zurückgewiesen.

Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße


Hansjörg Durz, MdB





Haushalt 2018

Ein Investitionshaushalt für Deutschland



© picture alliance / chromorange

In der letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause hat der Bundestag den Haushalt für das Jahr 2018 beschlossen. Die CSU-Ministerien verfügen zusammen über das größte Investitionsvolumen.

Schwarze Null steht

Mit dem Bundeshaushalt 2018 setzt die Koalition die solide Haushaltspolitik der vergangenen Jahre fort. Auch in diesem Jahr kommt der Bund ohne neue Schulden aus. Unser Ziel: die dauerhafte „Schwarze Null“ unterm Strich, haben wir durch solides Haushalten durchgesetzt. Zugleich ermöglichen finanzielle Spielräume höhere Investitionen für die Innere Sicherheit, die Landesverteidigung oder die Förderung von Familien. Insgesamt sind Ausgaben in



Höhe von 343,6 Milliarden Euro geplant. Dabei werden alle im Koalitionsvertrag vorgesehenen prioritären Maßnahmen im Bundeshaushalt 2018 und in der Finanzplanung bis 2022 umgesetzt. Die Investitionsquote liegt bei rund 11,6 Prozent der Gesamtausgaben und konnte gegenüber 2017 nochmals um rund einen Prozentpunkt erhöht werden. Einen großen Anteil an der Steigerung der Investitionsausgaben hat die vorgezogene Bereitstellung von 2,4 Milliarden Euro für den noch einzurichtenden „Digitalfonds“. Hieraus sollen insbesondere der Breitbandausbau und die digitale Infrastruktur in Schulen finanziert werden.

Größter Investitionshaushalt des Bundes

Am Dienstag der Haushaltswoche hat der Bundestag dem Etat des Ministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur unter Führung von Andreas Scheuer (CSU) zugestimmt. Damit verwaltet der Bundesverkehrsminister dieses Jahr fast 28 Milliarden Euro. Die Fördermittel des Hauses werden nicht nur in die Elektromobilität, sondern auch in die „Brennstoffzelle und Wasserstoff sowie synthetische Kraftstoffe“ investiert, um Deutschlands Mobilität zukunftsweisend zu fördern. Allein 16,8 Milliarden Euro sind für Investitionen vorgesehen. Damit ist der Verkehrsetat der größte Investitionshaushalt des Bundes. Der Minister bilanzierte: „Wir können mit dem Haushalt 2018 kräftig in die Zukunft schauen.“ Zum besseren Mittelabfluss kündigte Scheuer unter anderem einen Gipfel mit der Bauindustrie an. Dieser gehe ursprünglich auf seinen Vorgänger Alexander Dobrindt (CSU) zurück. Auch für den Breitbandausbau kündigte Scheuer eine neue Initiative an, um die Planzeiten künftig zu verkürzen. „Glasfaser bis ins Haus ist keine Wunschvorstellung, sondern wird mit dieser Koalition Realität“, so Scheuer.



Etat für Entwicklungshilfe wächst deutlich

Auch der Etat für Gerd Müllers (CSU) Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung steigt in diesem Jahr deutlich, um rund 900 Millionen Euro auf rund 9,4 Milliarden Euro. Dies entspricht einer Steigerung von fast zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben am Bruttonationalprodukt liegt damit bei 0,5 Prozent. Ein solider Wert, den der Minister zukünftig aber noch steigern möchte. Langfristig müsse auch Europa mehr Verantwortung übernehmen, so der Minister, gerade auch in Afrika. Müller erwähnte hierbei erneut seinen „Marshall Plan“ für Afrika, welcher den Kontinent zukunftsfest machen soll: „Er muss europäisiert werden, und er muss internationalisiert werden.“

Innere Sicherheit als Kernaufgabe des Staates

Auch das Innenministerium unter Minister Horst Seehofer (CSU) verzeichnet einen wesentlichen Etataufwuchs: Das um die Zuständigkeit für die Themen Bau und Heimat erweiterte Ressort kann seinen Etat im Vergleich zum Vorjahr um rund 5,16 Milliarden Euro auf rund 14 Milliarden Euro steigern. Diese Steigerung ist unter anderem auf die Verlagerung des Bereichs Wohnungsbau und Stadtentwicklung vom Umweltministerium ins Innenministerium zurückzuführen. Auf den Bereich der Inneren Sicherheit entfallen rund 5,4 Milliarden Euro. Hieran wird deutlich, dass die Innere Sicherheit erneut ein zentraler Investitionsschwerpunkt der Großen Koalition ist. Gerade die CSU im Bundestag sowie Innenminister Seehofer waren hier treibende Kraft. Für Integration und Migration werden rund 1,8 Milliarden Euro bereitgestellt. In der Haushaltsdebatte kündigte Seehofer zudem eine Asylwende an - in enger Abstimmung mit den europäischen Partnern. Hierzu werde er persönlich weitere bilaterale und europäische Gespräche führen, so



Seehofer. Sie dienten der „Information unserer Partner und der Sondierung, wie wir vielleicht Überlegungen anstellen, da zu gemeinsamen Vereinbarungen“ zu kommen. Dabei werde es in der „ersten Runde keine Abschlüsse geben“. Seehofer gehe zudem davon aus, dass „am Ende die wichtigsten Punkte dieser Vereinbarung von den Regierungschefs fixiert werden müssen“.





Haushalt 2018

Dobrindt: „Rekordförderprogramm für Familien“



© picture alliance/Bernd von Jutrczenka/dpa

In der Generalaussprache zum Bundeshaushalt am Mittwoch zeigte sich Alexander Dobrindt sehr zufrieden mit dem Bundeshaushalt. Gleichzeitig forderte er eine stärkere Entlastung der Bürger.

Haushalt liefert Antworten auf die Fragen unserer Zeit

Zu Beginn seiner Rede ging der Vorsitzende der CSU im Bundestag auf die Herausforderungen ein, mit denen sich Deutschland aktuell konfrontiert sieht. Unter anderem nannte Dobrindt die Globalisierung, mit ihrem internationalen Wettbewerbsdruck, die Digitalisierung und die zunehmenden



Spannungen zwischen Ost und West. Auch die Frage der weltweiten Migration sowie die damit verbundenen Debatten über die Durchsetzung des Rechtsstaats, die Wahrung des gesellschaftlichen Friedens und die Belastbarkeit des deutschen Sozialstaats seien eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Laut Dobrindt gibt der Haushalt „klare Antworten auf diese Herausforderungen“ mittels Investitionen, Innovationen, einer Entlastung der Bürger sowie mehr Personal für einen durchsetzungsfähigen Staat. Dobrindt ging in seiner Rede auch auf die gute wirtschaftliche Lage des Landes ein und machte deutlich, dass hiervon alle Bürger des Landes profitieren müssten. Dies hieße, dass man nicht nur darüber diskutieren solle, wie man neue Verteilungsmechanismen entwickeln könne, sondern vor allem darüber diskutieren müsse, wie man die Bürger entlasten könne, so Dobrindt.

„Rekordförderprogramm für Familien“

Dobrindt forderte daher, die Spielräume zu nutzen, um die Bürger nachhaltig zu entlasten. Mit dem Abbau der kalten Progression und der Entlastung von Sozialbeitragszahlern komme der Staat dieser Forderung bereits teilweise nach. Die Erhöhung des Kindergeldes sowie die Einführung des Baukindergeldes, welches es Familien ermöglicht, Wohneigentum zu erwerben, nannte Dobrindt ein „Rekordförderprogramm für Familien“. Zugleich sprach sich Dobrindt für weitere Entlastungen aus, wo dies möglich sei. Unter anderem brachte er eine Reduzierung bzw. Abschaffung des Solidaritätszuschlags in dieser Legislaturperiode ins Gespräch: „Wenn wir in dieser Wahlperiode die Chancen und Möglichkeiten haben, noch stärker vom Soli zu entlasten, als dies im Koalitionsvertrag vorgesehen ist, dann darf dies kein Tabu in der Diskussion sein.“

Migration regeln und begrenzen



Dobrindt reagierte in der Generaldebatte zudem auch auf die Kritik der Grünen an den zwischen CDU und CSU vereinbarten Zurückweisungen an der Grenze. Man habe mit der Ankündigung, Asylbewerber in die Länder zurückzuschicken, die für ihre Verfahren verantwortlich seien, ein „Signal in die Welt gesetzt“, sagte Dobrindt im Bundestag. Dobrindt erklärte zudem: „Es reicht nicht mehr, einfach europäischen Boden zu betreten, um dann automatisch nach Deutschland kommen zu können.“ Damit fände europäisches Recht Anwendung, da nun die Länder der erstmaligen Registrierung eines Migranten für das Asylverfahren zuständig seien.





Zurückweisungen durchgesetzt

Koalition einigt sich auf Zurückweisungen



© Bundespolizei

Nach langen Verhandlungen haben sich Union und SPD in der Frage der Verschärfung der Migrationspolitik geeinigt. Die CSU konnte ihr Anliegen durchsetzen, Ordnung, Steuerung und Begrenzung in die Migrationspolitik zu bringen. Künftig werden Personen, die bereits in einem anderen Mitgliedsstaat der EU einen Asylantrag gestellt haben, über ein Transitverfahren direkt in das zuständige Land zurückgewiesen.

CSU sieht das Ergebnis sehr positiv

„Das ist alles von A bis Z so, wie man sich das als zuständiger Minister wünscht“, so Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) nach der Einigung. Die Einigung: Migranten, die bereits in einem anderen EU-Staat einen



Asylantrag gestellt haben und an der deutsch-österreichischen Grenze kontrolliert werden, sollen in bestehende Einrichtungen der Bundespolizei in unmittelbarer Grenznähe kommen. „Sofern die Personen nicht unmittelbar in die bestehende Unterbringungsmöglichkeit im Transitbereich des Flughafens München gebracht werden können“, heißt es in dem Einigungspapier der großen Koalition. Der Vorsitzende der CSU im Bundestag Alexander Dobrindt zeigte sich nach der Verhandlungsrunde, zu der sich die Spitzen von CDU, CSU und SPD am Donnerstagabend im Reichstag getroffen hatten, zufrieden. Die vereinbarten Maßnahmen führten zu „mehr Ordnung und Steuerung an unseren Grenzen“.

Was wurde außerdem vereinbart?

Menschen, die über andere deutsche Grenzen einreisen, sollen ab sofort mit mobilen Grenzkontrollen und Schleierfahndungen bis zu 30 Kilometer hinter der deutschen Grenze verstärkt aufgegriffen werden. Bei ihnen soll künftig schneller geklärt werden, welcher EU-Staat für den Asylantrag zuständig ist. Nach den europäischen Dublin-Regeln ist das häufig das Land, in dem Migranten zuerst den Boden der EU betreten haben. Um die Rückkehr weiter zu beschleunigen, wird der Bund für die Dublin-Fälle aus den AnKER-Zentren die Rückführungen übernehmen. Der Bund wird darüber hinaus künftig auch die Beschaffung der nötigen Reisepapiere übernehmen, soweit die jeweiligen Länder dies wünschen. Außerdem wird die Große Koalition die Bemühungen unterstützen, FRONTEX deutlich auszubauen und das Mandat zu erweitern. Deutschland wird sich zudem auf europäischer Ebene für die Bekämpfung von Visamissbrauchs einsetzen.